

## Dringliche Anfrage (§ 68 GeoLT)

**Landtagsabgeordnete(r):** LTAbg. Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ), LTAbg. Dr. Werner Murgg (KPÖ)

**Fraktion(en):** KPÖ

**Regierungsmitglied(er):** Landesrat Anton Lang

**Betreff:**

***Kein Landesgeld für Olympische Winterspiele 2026***

Volksbefragungen in Innsbruck und Sion haben der Bewerbung von zwei aussichtsreichen Kandidaten für die Austragung der Olympischen Winterspiele 2026 einen Riegel vorgeschoben. Anstatt sich die Frage zu stellen, warum ein angeblich so lukrativer Event auf so wenig Gegenliebe der Bevölkerung stößt, freut sich der Grazer Bürgermeister über vermeintlich größere Chancen für die Bewerbung der steirischen Landeshauptstadt als „Host City“.

Am 6. Februar 2018 richtete die KPÖ eine Dringliche Anfrage an Finanz- und Sportlandesrat Anton Lang, ob dieser bereit sei, Landesmittel in Winterspiele fließen zu lassen, sollte Graz den Zuschlag erhalten. Die Antwort fiel eindeutig aus: „Aus derzeitiger Sicht ist nicht der geringste Spielraum im Landesbudget. Aber wir unterhalten uns über ungelegte Eier, denn ohne Machbarkeitsstudie geht nichts“, wird Landesrat Lang am 7. Februar im ORF zitiert.

Die Machbarkeitsstudie „Graz2026. Potenziale, Chancen, Risiken“ liegt nun vor. Sie wurde am 28. Juni 2018 der Öffentlichkeit präsentiert. Erstellt wurde sie von Institutionen wie Joanneum Research und Campus 02. Neben vielen interessanten Details, etwa dass Graz nur von einem Bruchteil des angenommenen gesamten Nächtigungszuwachses profitieren würde, weil die meisten Austragungsorte zu weit entfernt liegen und selbst die Zeremonien an anderen Orten ausgetragen würden, gipfelt die Studie in der Aussage, die Spiele seien ohne Steuergeld („government contribution“) durchführbar.

Für nüchtern kalkulierende Menschen scheinen viele Annahmen der Machbarkeitsstudie eher im Reich der Fantasie als in der Realität zu wurzeln, zum Beispiel Medienzentren, die vier Stunden von den Austragungsorten entfernt liegen und märchenhafte Ticketerlöse, die nur bei Preisen im vierstelligen Eurobereich zu erzielen sind. Die Abwicklung eines umweltfreundlichen Personenverkehrs während der Spiele wird in der Studie nicht dargestellt. Unrealistisch auch die Sicherheitskosten, die in der Studie mit 50 Mio. Euro beziffert werden. Zum Vergleich: In Vancouver betrug im Jahr 2010 900 Mio. Euro, Graubünden kalkulierte für die Bewerbung um die Winterspiele 2022 230 Mio. Euro ein. Von 103 Medaillenzereemonien würden lediglich 18 in Graz stattfinden. Die Frage, wo die Eröffnungs- und Schlusszeremonie ausgetragen werden kann, für die es in Graz keinen geeigneten Ort mit 35.000 Sitzplätzen gibt, bleibt unbeantwortet.

Sehr optimistisch ist auch die Annahme, dass heimische Sponsoren zwischen 150 und 220 Millionen Euro in die Spiele investieren werden. Dass Einnahmen und Ausgaben im „realistic case“ in der Studie genau übereinstimmen und 1,137 Milliarden Euro betragen, ist natürlich ein sehr schöner Zufall. Dass die Kalkulation in allen drei Berechnungsszenarien (worst case, realistic, best case) ohne öffentliche Gelder („government contribution“) auskommt, ist ein wichtiges Signal der Studienautorinnen und –autoren an die Politik, kein Steuergeld in Olympische Winterspiele zu stecken.

Es wird daher folgende

**Dringliche Anfrage**

gestellt:

1. Wird das Land Steiermark die Bewerbung und Durchführung Olympischer Winterspiele aus Mitteln des Landesbudgets unterstützen, obwohl selbst das „Worst-case“-Szenario der Machbarkeitsstudie davon ausgeht, dass die Spiele ohne öffentliche Mittel durchgeführt werden können?
2. Sind Sie bereit, Haftungen für jene steirischen Gemeinden zu übernehmen, die sich um die Abhaltung der Olympischen Winterspiele 2026 bewerben?

**Unterschrift(en):**

LTAbg. Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ), LTAbg. Dr. Werner Murgg (KPÖ)